

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Expediton, Neue Graupenstr. 2/3,
durch die Post und
durch Colportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mk. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Postzeitungslitze Nr. 7898.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inserionsgebühr
beträgt für die einseitige
Zeitspalte oder deren Raum
20 Pfennige, für Wiederholungs- und
Veranstaltungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Interate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 10 Uhr in der
Expediton abgegeben werden.

Telephon
Nr. 451.

Organ für die werkschätzbare Bevölkerung.

Telephon
Nr. 451.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 171.

Mittwoch, den 25. Juli 1900.

11. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Arbeitslosigkeit.

Mehr und mehr zeigt sich, daß wir den Höhepunkt wirtschaftlichen Aufschwungs überschritten haben und auf der geneigten Bahn angekommen sind, die zu Noth und Elend hunderttausender fleißiger Menschen führt. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit zeigt wieder seine greuliche Schreckgestalt — in der Ferne freilich noch, aber näher und immer näher kommend. Und ängstlich schaut man nach Mitteln aus, um das Schreckgespenst wieder zu bannen. Das Problem des Schutzes gegen Arbeitslosigkeit, gegen die gerade in den Zeiten des Aufschwungs Schutzmaßregeln getroffen werden sollten, ist während der letzten Jahre so gut wie ganz von der öffentlichen Tagesordnung ausgeschlossen gewesen. Wenn heute die Krise hereinbricht, und die Arbeitslosigkeit einen starken Prozentsatz der deutschen Arbeiterschaft auf das Pflaster wirft, so stehen die Kommunen unvorbereitet und ungerüstet den schweren finanziellen und sittlichen Folgen dieser wirtschaftlichen Wende gegenüber.

Unter der Einwirkung der starken Arbeitslosigkeit in den Jahren 1891—1894 hat man zu einer Regelung und Lösung der Arbeitslosenfrage einige Anläufe genommen. So war nicht zum Besten die Errichtung öffentlicher kommunaler Arbeitsnachweise eine Wirkung der damaligen Arbeitslosigkeit in den Großstädten. Durch die Organisation solcher Nachweise sollte jederzeit der Umfang der Arbeitslosen innerhalb des Geltungsbereiches des Arbeitsnachweises festgestellt werden können. Die Bewegung zur Errichtung von Arbeitsnachweisen, die Anfangs ungemein erfreulich war, flaute in den Jahren des Aufschwungs bald wieder ab. Es erlahmte der Eifer, den Arbeitsnachweis örtlich zu zentralisieren, es fehlte der Schwung, die Organisation über den örtlichen und territorialen Rahmen hinauszutragen und eine Arbeitsnachweis-Organisation für das gesamte Reich zu schaffen. Und doch wäre nur auf einer solchen breiten Grundlage über den Stand und die Bewegung der Arbeitslosen ein umfassendes und präzises Bild zu erhalten. Nur so wäre es möglich, den Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot von Arbeitern derart zu vermitteln, daß die Arbeitslosenziffer an den einzelnen Orten nicht stärker anwachsen würde, als es nach der Gesamtlage des Arbeitsmarktes nötig wäre. Immerhin bilden die Fortschritte in der Errichtung von öffentlichen Arbeitsnachweisen noch die erfreulichste Erscheinung auf dem Gebiete ihrer Maßregeln, die der Beseitigung der Arbeitslosigkeit dienen können. Ständige Einrichtungen zur Vorbeugung oder auch nur zur Beseitigung dieses Uebels sind so gut wie gar nicht getroffen worden. Wohl haben einzelne Großstädte in den Jahren der früheren Krise Nothstandsarbeiten vornehmen lassen, einzelne derselben stellen seitdem alljährlich in ihren Etat einen bestimmten Betrag für Nothstandsarbeiten ein. Mannheim ist in dieser Beziehung vorangegangen, Braunschweig, Leipzig, Straßburg, Stuttgart sind dem Beispiele gefolgt. Die Stadt Köln hat sogar eine eigene Arbeitslosenversicherungskasse gegründet, die aber im Ernstfalle wohl kaum in der Lage sein dürfte, eine umfangreiche Arbeitslosigkeit zu lindern. Dagegen spricht schon der fakultative Charakter der Kasse. Im Kanton Basel endlich ist vor kurzer Zeit erst ein Gesetz auf Einführung der staatlichen Arbeitslosenversicherung durch die Volksabstimmung verworfen und damit erhärtet worden, daß in Zeiten der allgemeinen Prosperität die Gefahr der Arbeitslosigkeit stark

unterschätzt wird. In Deutschland selbst hat sich die Frage der Arbeitslosigkeit zu keinem gesetzgeberischen Vorgehen verdrängt, dagegen hat die deutsche Volkspartei auf ihrem Parteitag in Mainz eine Resolution befürwortet, nach der eine Versicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen unverhulbeter Arbeitslosigkeit auf kommunaler Grundlage mit ortstatutarisch einzuführendem Versicherungsbeitrag angestrebt werden soll. Jedoch alle diese Maßregeln, Forderungen und Einrichtungen vermögen im Ernstfalle nichts auszurichten.

Weitergehend und erfolgreicher ist die Thätigkeit deutscher Gewerkschaften gewesen. Sie haben sich dafür entschieden, daß sie die Regelung der Arbeitslosenunterstützung in die eigene Hand zu nehmen haben. Nach Ueberwindung recht erheblicher Widerstände hat z. B. der deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1899 die Arbeitslosenunterstützung für Ortsangehörige für männliche Mitglieder werden auf 30 Pf. und für weibliche Mitglieder auf 10 Pf. erhöht. Die Arbeitslosen-Unterstützung wird bei 52 wöchentlicher Karenzzeit nach Ablauf der ersten Woche der Arbeitslosigkeit auf die Dauer von 42 Tagen im Jahre auch ortsanhörigen Mitgliedern gewährt und beträgt pro Woche bei einer Mitgliedschaftsdauer von 52 Wochen als Mindest-Unterstützung für männliche Mitglieder 6 Mark, als Höchst-Unterstützung bei einer Mitgliedschaftsdauer von 260 Wochen 10 Mark. Weibliche Mitglieder erhalten immer die Hälfte. In manchen kleineren und größeren Gewerkschaften wird die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung eifrig erwogen. Manche Gewerkschaften, große und kleine, zählen schon seit längerer Zeit Arbeitslosenunterstützung, so z. B. die Buchdrucker, Handschuhmacher, Bildhauer, Buchbinder, Gutmacher, Kupferschmiede, Lederarbeiter, Handelsreisende, Glaser, Glasarbeiter, Porzellanarbeiter u. A. m.

Bei der Lösung der Arbeitslosenfrage durch die Berufsorganisationen ist indessen in Betracht zu ziehen, daß der Erfolg durch die Haltung der staatlichen Behörden ungemein erschwert wird. Während man allen Berufsständen, ganz besonders aber den Arbeitgebern in allen Gewerben nicht nur die Freiheit der Organisation gewährt, sondern sie obligatorisch in Organisationen fast hineinzwängt, erschwert man den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechtes und sucht sie durch Drohungen und Uvannenschlichkeiten aller möglichen Art von den Organisationen fernzuhalten. Die Folge davon ist für die vorliegende Frage, daß die Organisationen nicht die nötige Mitgliederzahl erhalten können, am finanziell gegen ein starkes Anflutten der Arbeitslosigkeit in Zeiten der Krise gewappnet zu sein. Im Uebrigen sind auch die Einrichtungen der Organisationen, so wie sie heute sind, nicht geeignet, einer allgemeinen und umfassenden Arbeitslosigkeit in Zeiten einer Krise irgendwie gewachsen zu sein.

Was nun in den letzten fünf Jahren versäumt worden ist, betrifft nicht nur alle jene Maßregeln, die der Beseitigung der einmal ausgebrochenen Arbeitslosigkeit dienen können, sondern vielmehr alle wirtschaftspolitischen Aktionen, die einem Anschwellen der Arbeitslosigkeit vorzubeugen geeignet gewesen wären; man hat es unterlassen, durch eine weitläufige wirtschaftspolitische prophylaktisch zu wirken. Ohne Rücksicht auf einen Rückschlag der Konjunktur wurde der Arbeitsmarkt mit Arbeitskräften überfüllt, die Arbeitszeiten wurden ausgedehnt, Ueberstunden waren an der Tagesordnung. Die kommende Krise wird zu der Erfahrung führen, daß zur Verminderung der Arbeitslosigkeit schon in den Zeiten des Aufschwungs prophylaktisch eingegriffen werden muß. Für dieses Mal bleibt nur noch der eine Weg übrig, Vorbeugung

darfür zu treffen, daß wenigstens, wenn einmal die Arbeitslosigkeit kommen wird, Einrichtungen getroffen sind, um wenigstens die schwersten Schädigungen soweit wie möglich abzuwenden. Zu diesem Zwecke erfordert es das eigene Interesse der städtischen Verwaltungen, sobald wie möglich Maßregeln zu ergreifen, die geeignet sind, einem zu hohen Anschwellen der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen in ihrem Wirtschaftsbezirke entgegenzuwirken.

Der Staat und die ausgesperrten Werftarbeiter.

Der Staat nimmt wieder einmal eine Stellung ein, welche die Arbeiter empfindlich schädigt, das beweist die neueste Phase der Aussperrung. Während die Unternehmer ihre Privataufträge im Ausland herstellen lassen, werden sie ihrer Verpflichtungen gegenüber der Militärbehörde dadurch überhoben, daß die staatlichen Werksbetriebe dem Hamburger Unternehmerklub, das seine Arbeiter auf Straßenpflaster geworfen hat, ihre Hilfe bieten und die zum Truppentransport erforderlichen Schiffe selbst fertig stellen! Die „Sardinia“ ist nämlich inzwischen in Wilhelmshaven angekommen und wird dortselbst von den Arbeitern der kaiserlichen Werft in reifem Zustand verkehrt. Unser Banter Bruderorgan schreibt darüber:

„Die kaiserliche Marineverwaltung hat eines von den Transportschiffen für China, die „Sardinia“, nach hier genommen, um die darauf notwendigen Arbeiten ausführen zu lassen, welche auszuführen die Hamburger, Stettiner und Rosfelder Arbeiter verweigerten, weil sie dann ihren Hamburger Brüdern in den Rücken gefallen wären. Die Privatwerksbetriebe in Stettin und Rosdorf konnten die Ausführung der Arbeiten nicht erzwingen. Die kaiserlichen Werften oder können das. Dank des Umstandes, daß für die Staatlarbeiter das Koalitionsrecht nur auf dem Papier steht, daß sie jeder angewiesenen Arbeit sich unterziehen müssen, widerstandslos sie sofort entlassen werden, ist es einfach unmöglich, sich zu weigern, solche Arbeit zu machen. Mit Grimme haben wir die dazu bestimmten Arbeiter die verlangte Arbeit ausgeführt. Vier Mann, die sich heute morgen weigerten, weiter auf diesem Schiff zu arbeiten und andere Arbeit verlangten, sind entlassen worden. Der Bauarbeiter, der in der Sache entschied, machte den Leuten Vorwürfe, daß sie angesichts der Lage in China sich weigerten. Sie sollten sich schämen ob dieser Renitenz. Die Leute sagten, daß sie dazu keine Veranlassung hätten. Wir sagen den Herren und der Marineverwaltung, daß es unerhört ist, anstatt die Hamburger Werksbetriebe, welche die geringen Forderungen ihrer Arbeiter abgewiesen, ja unerhörte Maßregeln über die Werksbetriebe verhängt haben, zur Scham zu rufen, die staatlichen Werksbetriebe mit ihrer Arbeitsordnung zu veranlassen, diese Dienste zu leisten und Gewissenskonflikte schlimmster Art zu durchkämpfen. Warum droht die Marineverwaltung nicht den Hamburger Besitzern vom Alster- und Westkapital mit Entziehung der Aufträge wegen ihrer Halsstarrigkeit gegen die Werksbetriebe? Warum läßt sie das unpatriotische Verhalten dieser hingehen? Die Arbeiter müssen mit Pfennigen rechnen, welche die Werksbetriebe leicht geben können. Wir protestieren deshalb Namens der gesamten Werksbetriebe aufs Entschiedenste gegen dieses Verhalten der Marineverwaltung. Wir werden dafür Sorge tragen, daß im Reichstag dieselbe Rede und Antwort zu stehen hat und gebührender Weise festgenommen wird.“

Wir haben dem Entrüstungsstreich der Wilhelmshavener Werksbetriebe, dem unser Banter Bruderorgan Ausdruck giebt, nichts hinzuzufügen.

Erwärmliche Haltung.

Die patriotische Tollheit gewisser Preßleute scheint in Folge der starken Hitze der letzten Tage einen außerordentlich hohen Grad erreicht zu haben. So lesen wir in nationalliberalen Blättern:

Lizzi war so unvorsichtig gewesen, der Majorin nicht zu verschweigen, daß ihre finische Freundin allem Anschein nach eine Nihilistin oder so etwas Ähnliches sei, und die gute Dame, welche als hochkonservative Royalistin und gläubige Christin selbstverständlich der Ueberzeugung war, daß solche Leute mit dem leibhaftigen Satan auf du und du stehen müßten, wollte in Folge dessen durchaus nichts davon wissen, daß ihre Schutzsohne mit einer so gefährlichen Person in näheren Verkehr trete. Trotdem faßte sich Lizzi wenige Tage vor Weihnachten ein Herz und bat die Majorin inständig, ihr doch zu erlauben, Fräulein Grönroos zu ihr zu bringen und sie für einen der Festtage einzuladen. Sie stellte ihr lebhaft vor, eine wie große Wohlthat sie gerade diesem einsamen, verhärmten Geschöpf damit erweisen würde, wenn sie es einmal wieder hineinschauen ließe in das sonnige Behagen eines friedlich frohen, christlichen Heims. Damit könnte sie wirklich ein Gott wohlgefälliges Werk der Barmherzigkeit thun und vielleicht sogar eine irrende Menschenseele vor der Verzweiflung retten. Diesem letzten Argument vermochte Frau von Goldacker nicht zu widerstehen. Im Grunde genommen war sie übrigens auch sehr begierig, sich mit eigenen Sinnen zu überzeugen, was für eine Art Menschenkind denn diese schrecklichen Ungläubigen und Umstürzler in der Nähe befehen seien. Wenn es ihr gelänge, sie zu befehren — ein herrlicher Gedanke! Sie wollte auch Pastor Bertmeisters Beistand anrufen, falls ihre Kräfte nicht ausreichten. Sie konnte sich nicht vorstellen, daß irgend Jemand Pastor Bertmeister widerstehen könnte, und sei er der verstockteste Bösewicht. Hatte er doch erst kürzlich durch seine Redebegabung und sein herrliches Organ sogar einen als rechtungslos aufgegebenen Trunkenbold bis zu Thronen gerührt und ihm das Versprechen abgerungen, nie mehr seine Frau prügeln zu wollen!

Am 22. Dezember durfte sich Lizzi auf den Weg nach der Landsbergerstraße machen. (Fortf. folgt.)

Die Erbschleicherinnen.

Roman von Ernst von Wolzogen.

Fräulein von A. sah nicht ein, warum sie durchaus als Vogelweibchen erscheinen sollte, und schrieb in Folge dessen einen böllischen Abfagebrief an die Majorin mit irgend einer ganz vagen Entschuldigung. Die spinöse junge Frau von W. war entrüstet über die Zumuthung, in einem Direktorengewande erscheinen zu sollen, welches eine ganz schamlose Entblößung von ihr fordere, während die schon etwas reizere Frau von S. um die Erlaubnis bat, die Taille ihres gologesichteten Patrizierrinnenkostüms um eine Hand breit tiefer ausschneiden zu dürfen. Man sei im sechzehnten Jahrhundert eben nicht prüde gewesen, und sie halte es bei einer solchen Gelegenheit für ihre Pflicht, ihre modernen Vorkürscheln der historischen Treue zum Opfer zu bringen. Fräulein v. P., die lang und dürr war, wie ein Besenstiel, und in einem lebenden Wilde als Hexe mit einer Maske figuriren sollte, hatte sich's plötzlich in den Kopf gesetzt, als Amor mit kurzer Tunika und Flügeln erscheinen zu wollen und die kleine, bide, rothwangige Superintendententochter, Fräulein M., welcher der Amor oder vielmehr Puck angeblich war, schrieb sehr betrübt, sie müsse die Rolle leider dankend ablehnen, da Mama ihr nicht erlauben wolle, ihre Waden zu zeigen. Ein paar zweifelhafte Thränenflecke, auf dem sonst so sauber geschriebenen Briefchen bezeugten die Tiefe ihres Schmerzes. Thatsache war, daß fast sämmtliche Damen die Mehrheit der Kostüme nicht zu würdigen wußten, sondern vielmehr in der eckeligen Duff, ihrem unelendlichen Schnitt, den verschönten Farben und der oft freilich recht auffallenden Fälschung Anstoß nahmen. Auch die talentierten Herren machten zum großen Theil Schwierigkeiten und erklärten, sich lieber vom Maskenverleiher austauschen

lassen, als sich mit dem alten, von Wotten zerfressenen Plunder behängen zu wollen. Es kostete viel Ueberredungskunst und nicht wenig Lunte, um alle diese Entrüstungen zu beschwichtigen, diese Sittekümmernisse zu besänftigen und unter dem bunt zusammengewürfelten Pöbelhaufen nur einigermaßen wieder Manns- und Weibezucht herzustellen.

Jede Verhütung bedeutete aber freilich nur einen Waffenstillstand und die Majorin wußte sehr wohl aus bösester Erfahrung, daß besonders widerspenstige Geister oft noch am Vorabend des Festes sich aufhäumten und kalt lächelnd den Erfolg des Sangen in Frage stellten. Aber diesmal erleichterte Lizzi's Hilfe der Majorin die schwere Aufgabe doch wesentlich, denn wo deren Ueberredungskunst versagte, sprach Lizzi mit einem Scherz, einem übermächtigen Machtwort helfend ein.

Lizzi war sehr froh, daß die athemlose Geschäftigkeit dieser Zeit vor Weihnachten ihr alle weiblichen Handarbeiten unmöglich machte. Sie haßte das Sticken und Stricken, das Häkeln und sonstiges Gebastel. Nur eins war ihr leid, daß sie vor lauter Wohlthätigkeitsveranstaltungen keine Zeit mehr fand, zu ihrem eigenen Wohl etwas zu thun. Sie war gar nicht mehr ins Deutsche Theater gekommen und hatte ihre Absicht, mit Milka Grönroos wieder anzuknüpfen, nicht ausführen können. Auch ihren sogenannten Bräutigam, das Krajesowichel, hatte sie nicht ein einziges Mal mehr zu Gesicht bekommen, obwohl die Majorin ihn schriftlich eingeladen hatte, sich doch ja auf dem Bazar einzufinden, wo Lizzi als Verkäuferin thätig war. Er hatte sich schriftlich entschuldigt mit seiner angestrengten Vorbereitung zum Examen, die er durchaus nicht unterbrechen dürfe. Lizzi selbst nahm den Bösewicht, trotdem sie sich schwer getränkt fühlte, aufs Eifrigste in Schutz, was jedoch nicht verhindern konnte, daß die Majorin Verdacht schöpfte und mit einigem Bangen der hämischen Prophezeiung der Geheimrätin gedachte.

selbst vornehmlich mit Neubauten vollaus beschäftigt sind — was nebenbei gesagt auch zur Folge hat, daß trotz eifriger Bemühungen der Hamburger Scharfmacher und ihrer Agenten bisher Arbeitswillige in überhaup nicht nennenswerther Zahl nicht zu bekommen waren — geben die Herren Oberpatrioten die Arbeiten kurzer Hand an das Ausland ab. So sind schon in der letzten Woche mehrere reparaturbedürftige Schiffe nach England gegangen, und jetzt sind wieder zwei große Dampfer nach England geschickt. Am Sonntag ging der Dampfer „Eckbos“, der zur Hamburger Lebkuchen-Fabrik gehört und auf der Reiherr-Werft einer großen Reparatur unterzogen werden sollte, zu diesem Zwecke leer nach England und heute folgte ihm der Dampfer „Gros“, der ein Loch von 16 Fuß im Bug hat. Derselbe sollte auf der Brandenburg-Werft repariert werden, erhielt hier jedoch nur eine Notbehelfsreparatur über der Definnung und geht so ebenfalls leer nach England.

Die in der Aussperrung beabsichtigte Provokation hat auf die Arbeiter bisher keinen Eindruck gemacht. Sie wissen, was auf dem Spiele steht und lassen sich durch die unerhörte Gewaltmaßregel nicht zu einem allgemeinen Streik reizen, der den Arbeitgebern gegenwärtig nur zu gelegen käme, da sie dadurch aller ihrer kontraktlichen Verpflichtungen, bei denen sie sich durch Aufnahme der Streikfahnen vorsehen haben, überhoben wären. Er läßt sich zwar natürlich der Ausgang der ganzen Bewegung noch nicht im entferntesten absehen, aber sicherlich steht dieselbe zur Zeit für die Arbeiter außerordentlich günstig.

Es ist wohl angebracht, darauf hinzuweisen, daß sich die ausgesperrten und ausständigen Arbeiter einer geradezu musterhaften Ruhe und Besonnenheit bei den vorliegenden Umständen nicht nur bei den allgeringsten Konflikten mit der Polizei vorzeigen, sondern wie beim großen Hafenarbeiterstreik, ehe die Behörden mit verschiedenen Maßnahmen das Unternehmertum unterstützen halfen und dadurch die Ausständigen auf das fürchterliche erbitterten, was dann allerdings diese oder jene Ausschreitung nicht genügend disziplinierter Elemente zur Folge hatte. Hoffentlich bewahrt in diesem neuen, vom Unternehmertum frech vom Baune gebrochenen Kampfe die Behörde auch für die strengste Unparteilichkeit.

Eine Lohnbewegung der Berliner Rohrleger aller Branchen ist durch eine Versammlung am Sonntag eingeleitet worden.

Ächtung, Zimmerer! Die organisierten Zimmerer in München beschloßen in den Generalstreik einzutreten. Der Führerstreik in Kopenhagen dauert fort. Der Zustand der Hafenarbeiter in Rotterdam hat nunmehr thätlich mit einer Niederlage der Streikenden geendet. Wie dem „Sant. Echo“ gemeldet wird, muß Mangel an Organisation und Disziplin als Ursache dieses Mißerfolges angesehen werden. Vorläufig sind 500 Mann ausgesperrt. Bei dem sehr regen Schiffsverkehr ist aber zu erwarten, daß man bald alle zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte benötigten wird.

Ein Streik russischer Tabakarbeiterinnen. Unter den Arbeiterinnen der Tabakfabrik von W. Scherewitsch in der russischen Gouvernementsstadt Brodno brach ein großer Streik aus. Die Zahl der Streikenden betrug 800. Der Grund war der ungläubig niedrige Lohn; die Frauen erhielten für 100 Zigaretten 3—4 polnische Groschen (ca. 3—4 Pf.) und verdienten durchschnittlich 1 Rubel wöchentlich, wobei noch allerlei Abzüge gemacht wurden. Außerdem war es den Frauen nicht gestattet, von 8 Uhr früh bis 3 Uhr Nachmittags zu essen, so daß sie vor Schwäche oft in Ohnmacht fielen. Endlich beschloßen die Arbeiterinnen, sich von ihrem Joch zu befreien, und hielten in einem nahegelegenen Wald Versammlungen ab. Der Streik war sehr gut organisiert, und die Arbeiterinnen der Umgegend wurden davon abgehalten, die Streikenden zu ersetzen. Der Fabrikinspektor drohte den Frauen mit Gefängnis, doch sie erwiderten ihm: „Im Gefängnis werden wir auch Brot und Wasser bekommen, ohne die Gefahr, krank zu werden.“ Die Drohung wurde verwirklicht und auf Befehl des Gouverneurs wurden hundert Frauen ins Gefängnis gesteckt. Doch trotzdem blieben die Streikenden aus und gewannen die Sympathien der Bevölkerung. Endlich mußten die Fabrikherren nachgeben und alle Forderungen der Streikenden erfüllen.

lokales und Provinzielles.

Breslau, den 25. Juli 1900
 * **Nur noch eine Woche lang** liegen die Listen der Stadtverordnetenwähler im Magistratsbureau, Elbfahndstraße 10, Zimmer Nr. 6, zu ebener Erde, aus. Wir fordern die Arbeiterwähler in der ganzen Stadt auf, sich zu überzeugen, daß ihr Name eingetragen ist. Eine Person kann für mehrere nachschlagen. Der Steuerzettel erleichtert das Auffinden der Namen.

* **Was muß der angeklagte Arbeiter von der Krankenversicherung verlangen?** Ueber dieses Thema wird in der nächsten Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins, die am Montag, den 30. Juli, stattfindet, Genosse Löbe referieren. Die vorgesehene Abänderung der Krankenversicherung erfordert eine rege Agitation der Versicherten gegen die geplanten Verschlechterungen und für die meist — nicht geplanten Verbesserungen an dem bestehenden Gesetz. Da auch in Breslau die organisierte Arbeiterschaft sich in viel zu geringem Maße um die Ausgestaltung der Krankenversicherung gekümmert hat, ist ein guter Besuch der Versammlung zu wünschen.

* **Wie Kellner bezahlt werden.** Im Vincenzhaus fand am 5. Juli c. ein großer Studentenkommerz statt. Mehr als hundert Studenten der katholischen Verbindung „Winfribia“ nahmen an dem Feste teil. Die Kellner mußten früh 8 Uhr ihre Arbeit mit Aufräumen des Gartens und der Festräume beginnen. Nach dieser Verrichtung mußten sie zu Hause eilen, um die vorrätigste Toilette zu machen, das heißt Frack und weiße Weste anlegen. Um 2 Uhr war große gemeinschaftliche Tafel angelegt. Während die Kellner bei der besten Arbeit waren, wurde ihnen mitgeteilt, daß der Wirt für den ganzen Tag 1 Mark Lohn geben wollte, wofür die Herren Studenten noch beim Kommerz, der Abends 8 Uhr seinen Anfang nahm, bedient werden sollten. Eine Mark für mehr als 10 Stunden anstrengenden Dienstes, das war den Leuten denn doch eine zu große Zumutung, was um so schwerer in Gemacht fällt, als sie nicht einmal Befristung erhielten. Die Arbeit wurde trotzdem bis zum Schluß des Dinners fortgesetzt. Dann aber ruhten sie sich von der anstrengenden Beschäftigung aus. Den Kommerz ließen sie Kommerz sein. Die Kellner, fünf an der Zahl, klagten gegen den Kommerz des St. Vincenzhauses. Herrn Vanger, auf Zahlung eines Betrages von je 6 Mk. — 3 Mk. als Lohn, 2 Mk. auf Kost und 1 Mk. für die Aufräumung. Der Beklagte erkannte die Forderung als nicht berechtigt an und beantragte kostenpflichtige Abweisung. Er hatte keine andere Begründung, als die, daß die Kellner mit der Abänderung von 1 Mk. einverstanden gewesen seien, was entschieden

Das Gericht verurteilte den Gastwirt zur Anerkennung des klägerischen Anspruchs. Es erachtete, daß eine Vereinbarung nicht getroffen worden ist. Denn eine solche habe beim Antritt zu erfolgen und nicht, wenn die Kellner mitten in der Arbeit sich befinden. Es blieb demnach übrig, die angemessene Zeit der geforderten Sätze zu prüfen und in dieser Hinsicht nahm das Gericht an, daß für die geleistete Arbeit sechs Mark nicht zu viel seien.

* **Sieg des internationalen Gedankens auf der ganzen Linie!** Der Verband reisender Kaufleute Deutschlands, der seinen Sitz in Leipzig hat, 9400 Mitglieder besitzt, und ein Vermögen von 1,700,000 Mk. aufweist, hat auch an dem großen internationalen Kongreß der Reisenden und kaufmännischen Vertreter in Paris teilgenommen.

Der zweite Präsident und Syndikus des Verbandes, Hermann Witz, vertrat dabei die Interessen der deutschen Reisenden. Es wurde, unter Zustimmung Deutschlands, eine internationale Föderation aller Reisenden und kaufmännischen Agenten im Prinzip beschlossen. Vertreten waren auf dem Kongreß die Reisenden von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Schweiz, Italien, Frankreich, Belgien, Holland, Schweden und Norwegen, Vereinigte Staaten von Amerika und Australien. Die Eröffnung des Kongresses fand in der Bourse du Travail, die weiteren Sitzungen im Trocadero statt. Denselben wohnte der Handelsminister Willerand bei.

Die Welt wird schöner mit jedem Tag. Jetzt wohnen sogar schon lokale deutsche Kaufleute einem internationalen Kongreß bei, der in Gegenwart unseres Genossen Willerand in der Arbeitsbörse, dem Sammelpunkt der Pariser sozialrevolutionären Gewerkschaften, stattfindet, und begeistert sich für eine internationale kaufmännische Organisation. Geopannt sind wir nur auf den Gieranz der hiesigen bürgerlichen Blätter, die noch vor wenig Tagen nicht genug Worte törichtem Spottes über den längst zur That — siehe Dänemark! — gewordenen Internationalismus der deutschen Arbeiter finden konnten. Wie werden die Blätter nun wohl zurückrufen, um die Kaufleute unter ihren Abonnenten nicht zu verlieren!

* **Wie christliche Arbeiter über die geplante Abänderung der Krankenversicherung denken,** das zeigte eine große Versammlung katholischer Arbeiter in Düsseldorf. Die bekannten Fragebogen fanden dort folgende Beantwortung:

1. Die Versicherungspflicht ist auf sämtliche forst- und landwirtschaftliche Arbeiter, fernst auf Dienstmädchen und Gehilfen, überhaupt auf sämtliche Personen auszuweihen, deren Einkommen 3000 Mk. pro Jahr nicht übersteigt.
2. Statt der Gemeindekrankenversicherungen sollen Ortskrankenkassen gegründet werden.
3. Einer Zentralisierung der Ortskrankenkassen wird zugestimmt, wenn gleichzeitig die Betriebs- und Hilfskassen beseitigt und die Trennung der Ortskrankenkassen nach Berufen beibehalten wird.
4. Die Beiträge der Arbeitgeber sind auf die Hälfte zu erhöhen, unter Beibehaltung von ein Drittel Stimmrecht im Rassenverband. Dadurch, daß in den ersten dreizehn Wochen die Krankenkassen die Unterstützung für die durch Unfall Arbeitsunfähigen zu leisten haben, werden die Berufsgenossenschaften, also auch die Arbeitgeber, wesentlich entlastet.
5. Durch die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge der Arbeitgeber auf die Hälfte würden diese etwas mehr zu den Kosten der Unfälle beitragen.
6. Der Anschluß an die Gemeindeverwaltung ist abzulehnen. Vorstehende wie Bureaubeamte wählt der Vorstand der Kasse nach eigenem Ermessen.
7. Die Behandlung durch approbierte Ärzte ist im Allgemeinen vorzuschreiben; jedoch muß der Vorstand auf Antrag eines Mitgliedes Ausnahmen gestatten können.
8. Die freie Arztwahl ist in beschränktem Sinne einzuführen. Die Zahl der Ärzte muß der Mitgliederzahl entsprechen.
9. Die Worte „oder geschlechtliche Ausschweifung“ sind zu streichen und dafür Bestimmungen zu treffen, nach denen die Behandlung wie bei anderen Krankheiten erfolgt, aber die Ueberweisung in ein Krankenhaus vorgeschrieben wird.
10. Die Befugnisse der Aufsichtsbehörden sind hinreichend.
11. Die Hilfskassen sind beizubehalten, wenn die Betriebskassen bestehen bleiben sollen.

Die Stellung zur Zentralisation ist etwas unklar. Wenn man die Einteilung nach Berufen beibehalten will, dann erklärt man sich eben gegen die Zentralisation. Unzweifelhaft aber ist — und das bleibt die Hauptsache — die Zurückweisung des Verjuchs, das Selbstverwaltungsrecht zu kürzen. Wenn die Arbeiter aller Konfessionen und Parteien in dieser Sache zusammenhalten, wird diese „Abänderung“ das Schicksal der Buchdruckerei teilen.

* **Die Breslauer Malermeister** machen durch Injerte eine Preiserhöhung für alle Arbeiten bekannt. Die Gesellen haben eine Lohnerhöhung nicht erhalten.

* **Zum Achtuhr-Ladenschluß.** Auf Anregung des Leipziger Handlungsgehilfen-Vereins fanden sich am 23. d. M. im „Höcherlbräu“ die Vorstände der Handlungsgehilfenvereine „Verein von 1774“, „Verein Leipzig“, „Verein Hamburg“, der „Gewerkeverein“ (Hirsch-Dunder) und der „deutschnationale Verein“ zu einer Besprechung über die Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses in Breslau vom 1. Oktober c. an zusammen. Die Vorstände beschloßen übereinstimmend, sich petitionierend an den Magistrat zu wenden behufs Erreichung dieses Zweckes. Ferner soll eine rege Agitation zur Gewinnung der erforderlichen zwei Drittel Majorität sämtlicher Breslauer Geschäftsleute entfaltet werden. Demnach soll auch eine allgemeine Versammlung aller Angestellten im Handelsgewerbe einberufen werden. Das Vorgehen der Vereine ist nur zu billig. Daß die Handlungsgehilfen alle im Handelsgewerbe angestellten Personen zur Versammlung einladen wollen, ist ein erfreulicher Fortschritt.

* **Der Gesellenausschuß der Schneiderinnung** zu Liegnitz, welcher sich aus organisierten Arbeitern zusammensetzt, hat einen ersten Erfolg errungen. In der letzten Quartalsversammlung der Schneiderinnung wurde unter Mitwirkung der Gesellen beschloßen, auf der Grundlage der bisherigen gezahlten Löhne in allen Schneiderbetrieben feste Lohnsätze einzuführen, welche die einstimmige Annahme durch die Versammlung erfuhren.

* **Ein weiteres Mißtrauensvotum** gegen den freisinnigen Abgeordneten Dr. M. Hirsch ob seiner Stellungnahme zu dem Berliner Straßenbahnerstreik hat der Ortsverein der Maschinbauer und Metallarbeiter Berlin VII beschloßen. Die am 21. Juli abgehaltene und stark besuchte Versammlung dieses Gewerkevereins nahm folgende Resolution einstimmig an:
 Der Ortsverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter Berlin VII bedauert die Ausführungen des Verbandsanwalts

Herrn Dr. M. Hirsch in der Landtagsagung am 20. Mai c. in Betreff des Straßenbahnerstreiks und erklärt sich mit diesen Ausführungen in keinem Falle einverstanden.

* **Tarifbewilligung.** Laut Bekanntmachung des Tarifamts für Deutschlands Buchdrucker hat die Firma Emil May zu Breslau den deutschen Buchdrucker tarif anerkannt. Wie wir hören, beschäftigt Herr May zur Zeit keinen Gehilfen.

* **Zur Bedienung auf Bahnhöfen.** Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat erneut Veranlassung genommen, die Eisenbahndirektionen darauf aufmerksam zu machen, daß sich die Bedienung der Reisenden an den Bahnhofskassen wesentlich erleichtern und beschleunigen lasse, wenn die Preise der angebotenen Speisen und Getränke auf deutlich sichtbaren Tafeln angezeigt und zeitraubende Rückfragen nach den Preisen hierdurch möglichst vermieden werden und daß sich dies auf Schnellzugzügen, wo nur ein kurzer Aufenthalt zur Erfrischung gewährt werden kann, namentlich auch bei Benutzung der an den Zügen aufgestellten Schant- und Speisetische als besonders zweckmäßig erwirken werde. Der Minister empfiehlt zugleich, für die vorübergehende Aufstellung von Erfrischungstischen auf den Bahnsteigen, wo dies mit Rücksicht auf die Kürze des Zugaufenthalts im Interesse der Reisenden besonders erwünscht und ohne Beeinträchtigung der Betriebsinteressen angängig ist, namentlich in der heißen Jahreszeit, in weiterem Umfange Sorge zu tragen.

* **Die goldenen Fünfmarkstücke** werden schon von jetzt ab in allen den künftigen Regierungen unterstellten Kassen eingezogen und dem Münzmetalldepot des Reiches zugeführt.

* **Der neue Stadtarzt** von Breslau, Dr. Debede, hat sein Amtszimmer in dem Hause Wallstraße 17, 2. Etage. — Dasselbst befindet sich von jetzt ab das Magistratsbureau XV, umfassend die Verwaltungsangelegenheiten der städtischen Krankenhäuser, des Gesundheitsheims, des städtischen Armenhauses und des Asyls für Obdachlose.

* **Stiftung.** Laut Beschluß der Deputation für Stiftungssachen werden die Zinsen von 5250 Mark der Eger'schen Ausschle-Stiftung vertheilt. Es sind 360 Besuche eingegangen, von denen 159 mit Beträgen von 30—80 Mark bedachtigt wurden.

* **Städt. Arbeits-Nachweis.** Frequenz im städt. Arbeits-Nachweis-Amt in der Woche vom 15 bis 21. Juli 1900, a) Männer: Angebotene Arbeitskräfte 109; zu besetzende Stellen 112; besetzte Stellen 82; b) Frauen: Angebotene Arbeitskräfte 68; zu besetzende Stellen 96; besetzte Stellen 36.

* **Neues Sommer-Theater.** (Direktion Alfred Hain.) Heute geben die „Goldfische“ zum zweiten Male in Szene. Morgen Donnerstag wird „Cypriane“ mit Alfred Pala und Hermann Wallentin in den männlichen Hauptrollen wiederholt. Die Titelfolle spielt Wally Borkenhagen. — Sonnabend findet das Benefiz von Hermann Wallentin statt. Derselbe wird an diesem Abend eine von ihm hier mit großem Erfolg kreierte Rolle und zwar den Antagonisten Werhan in „Der harte Hauptmann“ „Biberfeld“ spielen, welches Stück bei seiner Erstaufführung durch das Ensemble Glim-Bozew wie bekannt seiner Zeit den größten Erfolg erzielte. Villet-Vorstellungen für diese Vorstellung beginnen bereits mit dem heutigen Tage bei Gustav Ab. Schlä.

* **Unfälle.** Der Kutscher eines Ziegelwagens wurde auf der Eisenbahnstraße in Kleinburg zwischen den von ihm geleiteten Wagen und einem Bauwagen gedrückt und trug schwere Kopfverletzungen davon, die seine Aufnahme im Wenzel Handelsehen Krankenhaus nötig machten. — Als mehrere Zimmerleute mit einem mit Mühlsteinen beladenen Wagen von der Leisingbrücke nach der Halberstraße fuhren, erfolgte ein Zusammenstoß mit einem Bierwagen, wobei die Leine zerriß, die den Hinterwagen mit den Leuten zusammenhielt. Ein Zimmermann trat unter den Wagen, um den Schaden wieder zu beseitigen, als der Wagen mit den Leuten umkippte und auf ihn fiel. Er erlitt eine Verletzung des rechten Beines.

* **Die alte Unzette.** Am 23. d. Mts. wurde in die Krankenanstalt Bethanien eine Schuhmachersfrau eingeliefert, die, der nicht auszurottenden Unzette folgend, Petroleum in das Feuer im Ofen gegossen hatte und bei einer hierbei entstandenen Explosion schwere Brandwunden an Armen und Händen und im Gesicht erlitt. Wie oft wird die Presse noch vor solcher Unvorsichtigkeit warnen müssen?

* **Folgenschwerer Sturz.** Eine auf der Bülowstraße wohnende Gendebienmutter betrat am 5. d. Mts., Abends, ihre Wohnung in bedenklichem Zustande, indem sie erhebliche Wunden am Kopfe aufwies. Am nächsten Tage mußte sie nach dem Kaiserlichen-Hospital geschafft werden, wobei sie verstorben ist. Sie hatte vor ihrem Tode angegeben, die Verletzungen sich durch einen Sturz zugezogen zu haben, und zwar sei sie auf dem Tauenkiesplatz beim Befahren eines Omnibusses gestolpert und gefallen, wobei sie mit dem Kopf auf die Schiene der Straßenbahn aufgeschlagen sei. Personen, welche Augenzeugen dieses Vorganges gewesen sind, werden aufgefordert, sich im Zimmer 61 des Kgl. Polizeipräsidiums zu melden.

* **Selbstmordversuch in der Droschke.** Am 23. d. Mts., bestieg am Oberthoraband ein Rothmann eine Droschke und beauftragte den Führer derselben, ihn nach der Rosenthalerstraße zu fahren, woselbst seine Angehörigen wohnen. Während der Fahrt feuerte er drei Schüsse auf sich ab, von denen nur einer traf. Das Geschöß ist, wie im Augusta-Hospital festgestellt wurde, unterhalb der linken Schulter in die Lunge eingedrungen. Der Lebensmühe ist außer Gefahr.

* **Der 37 Jahre alte Schuhmacher Paul Herde,** welcher Lohstraße 67 gewohnt hat, wird seit dem 13. d. Mts. vermißt. Er hat einen kleinen blonden Schnauzbart und ist mit blauem Jagdanzug, graubraunem Hut und Gamaschen bekleidet.

* **Mißhandlungen.** Am 21. d. Mts. mißhandelte ein Maurer in seiner Wohnung auf der Hirschstraße seine Frau in rohester Weise. Die Frau, welche es schließlich gelungen war, aus der Wohnung zu flüchten, mußte in die Klinik auf der Moritzstraße zur Anlegung von Verbänden geschafft werden. — Auf der Halberstraße geist ein Arbeiter, der einen Handwagen zog, mit einem anderen Arbeiter im Streit, wobei er in eine solche Wuth geriet, daß er die Deichsel aus dem Wagen zog und damit seinen Gegner zu Boden schlug. Der Geschlagene mußte sofort ärztliche Hilfe nachsuchen. Der Thäter wurde verhaftet.

* **Befehlagnahme** wurde eine goldene Damenuhr, die Anfang Mai einer Dame entwendet worden sein soll. Die Uhr hat die Nr. 70864. Die Eigentümerin meldete sich im Zimmer 56 des Polizei-Präsidiums. — Ferner wurden ein kleines, schwarzes Portemonnaie und ein Trauring beschlagnahmt. Beides ist durch einen jungen Burischen in einer Habentiait gestohlen worden. Die Bestohlenen können sich im Zimmer Nr. 57 des Polizei-Präsidiums melden.

* **Diebstähle.** Aus einer Wohnung auf der Schmiedebrücke wurden ein werthvolles Herren-Jaquet, in dessen Taschen eine Vielzahl mit einer Studentenkarte und mehrere Schlüssel steckten, sowie ein Paar Stiefeln gestohlen. — Von einem Holzwagen wurde eine kleine Transportkiste entwendet. — Einem auf einer Promenadenbank eingeschlafenen Reisenden wurden 170 Mk., ein Leinwandtuch und eine Brieftasche entwendet. — Wichtige Papiere auf den Namen Albert Eckert enthielt. — In einem Neubau auf der Wallstraße wurden von sämtlichen Wasserleitungen je 35—45 Centimeter langes Bleirohrstücke abgesehen und gestohlen. — Aus einer Wohnung auf der Hirschstraße wurde ein goldener Trauring, gezehnet S. Sch. 7. 11. 1890 gestohlen. — Am 23. d. M. wurde auf dem Tauenkiesplatz einer Prekariere

